

Dr. Hubert Frasnelli

Werte Damen, werte Herren,
spoštovani gostje in dragi prijatelji!

Als Angehöriger der österreichischen Minderheit in Italien, als deutscher Südtiroler, muss man Enttäuschung und Empörung über das Verhalten des eigentlichen Vaterlandes Österreich ausdrücken, angesichts des unsäglichen Umganges und der rücksichtslosen Assimilationspolitik, welche die völkerrechtlich begründete Schutzmacht für Südtirol gegenüber den Volksgruppen im eigenen Staatsgebiet betreibt. Dabei verfügt gerade Österreichs Politik - Herr Gusenbauer, warum wird dies verdrängt? - auf Grund der jahrzehntelangen erfolgreichen Bemühungen für den Schutz der deutschen und ladinischen Volksgruppe in Italien über einzigartige Kompetenz im Minderheitenschutz. Umso unverständlicher ist es, dass trotz eindeutiger Vorgaben des Völkerrechtes grundlegende Maßnahmen noch immer nicht verwirklicht sind. Legt man Südtirol-Maßstäbe an, dann sind die Minderheitenschutzbestimmungen des Österreichischen Staatsvertrages weder dem Buchstaben, geschweige denn dem Geiste nach umgesetzt worden.

Ein Thema von andauernder Aktualität ist der symbolträchtige Ortstafelstreit. Was dabei seit Jahrzehnten betrieben wird, ist andauernder Rechtsbruch. Der berüchtigte Ortstafelsturm war erster Höhepunkt einer Politik der systematischen Verweigerung von verbrieften Schutzrechten. Aktueller Hauptverweigerer ist Jörg Haider, ein Mann, der Recht mit Füßen tritt. Schon Bundeskanzler Schüssel und seine Volkspartei befanden sich in der jüngeren Vergangenheit in Haiders politischer Geiselhaft. Aber auch derzeit und trotz großer Koalition scheint auf Bundesebene - und dort liegt die primäre Kompetenz für Volksgruppenfragen - kein neuer Wind zu wehen. Außer eher eigenartigen Versuchen, rechtlich zweifelhafte Konsense zu erwirken und dazu vielleicht noch Exponenten der Volksgruppe gewissermaßen über den Verhandlungstisch zu ziehen, ist von Wien im Sinne des Staatsvertrages, des Verfassungsrechtes sowie der Durchführung höchstrichterlicher Urteile nichts wahrlich Neues zu vernehmen.

Nun behaupten namhafte Rechtsexperten, es gäbe sogenannte Lücken im Rechtssystem Österreichs hinsichtlich der Umsetzung und Durchsetzbarkeit von Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes sowie von Minderheitenschutzbestimmungen. Dann sind diese, Herr Bundeskanzler, im Interesse der Sicherung des Rechtsstaates dringend zu schließen, falls nötig, mit verfassungsrechtlichen Normen. Dazu braucht es diese verfassungsrechtlichen Normen und nicht für schwammige Kompromisse, denn verbrieftes Recht ist nicht verhandelbar. Damit können Provinzpolitiker rechtsstaatlich und demokratisch zur Raison gebracht werden.

Dies ist eine Seite keiner Ruhmesmedaille. Ein anderer Aspekt, der nicht minder nachdenklich macht, ist folgender: Vor wenigen Tagen wurden die diesjährigen Wiener Festwochen glanzvoll eröffnet. Anlässlich dies Galaabends vor dem Wiener Rathaus zeigten u.a. junge Musikerinnen und Musiker ihr teils virtuosos Können. Aus ganz Europa und darüber hinaus, besonders aus den neuen Mitgliedstaaten unserer Europäischen Union, waren sie gekommen. Ein Auftritt wurde mit Slavienna angekündigt. Wenn ich es richtig verstanden habe, so sollte dies wohl ein Bekenntnis, eine Sympathiekundgebung zum auch slawischen Wien sein, indem ansprechende Musik mit slawischen Wurzeln gespielt wurde.

Ja, den Veranstaltern war es gelungen, ein eindrucksvolles Brez meja, ein ohne Grenzen hörbar und fühlbar zu machen. Man konnte es sehen: Tausende klatschten begeistert Beifall

und haben sich an der Musik erfreut. Ein Grundkonsens war spürbar: das Mitwirken von Menschen verschiedener Sprachen und Kulturen ist gewollt, bereichert und erfreut die Herzen.

Luftlinienmäßig gar nicht so viele Kilometer weiter südlich soll dieser Grundkonsens nicht mehr gelten dürfen, nicht gelingen? Das innere Brez meja im Bundesland Kärnten/Koroška, das Ohne Grenzen vor Ort, das unmittelbare Senza confini zwischen Nachbarn, zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung, das soll es nicht geben dürfen?

Werte Damen und Herren, dragi prijatelji, Sie, die Sie zu dieser Demonstrationsveranstaltung gekommen sind, bringen nicht nur ihre Sorge um den Rechtsstaat zum Ausdruck, Sie wollen, so meine ich, für diesen Grundkonsens Zeugnis ablegen. Ja, arbeiten wir überall in Europa daran weiter, in den Familien, in den Schulen, in den Vereinen, in der Gesellschaft, denn dies ist der richtige Weg.

Wie heißt es seit wenigen Tagen auf dem Weg zur Präsidentschaftskanzlei in Wien: Wir stehen auf Sprachen. Dies gilt nicht nur für Wien, nein, für Europa und auch für Kärnten/Koroška! Hvala!